



Geschäftsführung Runder Tisch für Flüchtlingsfragen

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 18.10.2022

Niederschrift

über die **Runder Tisch für Flüchtlingsfragen** in der Wahlperiode 2020/2025 am Mittwoch, dem 12.10.2022, 16:00 Uhr bis 17:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Sondersitzung - Online

Anwesend waren:

Beratende Mitglieder

Miriam Haseleu	Evangelischer Kirchenverband Köln und Region
Katja Hoyer	FDP
Isabella Venturini	Volt
Klaus Adrian	Willkommensinitiativen/AK Politik
Marita Bosbach	DRK Köln
Annette de Fallois	Diakonisches Werk Köln und Region
Alice Rennert	Caritasverband Köln e.V.
Wolfgang Uellenberg-van Dawen	Runder Tisch für Integration
Thomas Zitzmann	Flüchtlingsrat
Beigeordneter Dr. Harald Rau	Dezernat V
Bettina Baum	Amt für Integration und Vielfalt
Christina Boeck	Ausländeramt
Gesa Bokranz	Amt für Wohnungswesen
Margarete July	Amt für Wohnungswesen
Heike Kerscher	Amt für Wohnungswesen
Ingrid Munz-Shams	Amt für Wohnungswesen
Sebastian Kusserow	Jobcenter
Andreas Vetter	Geschäftsführung Integrationsrat
Neslihan Arikan	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Peter Krücker	Katholikenausschuss Köln
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Aktuelle Information zur Unterbringungssituation Geflüchteter

Der Beigeordnete Dr. Rau stellt die Situation zur Aufnahme von Geflüchteten dar:

Aktuell gibt es eine deutlich erhöhte Zahl von Zugängen nach Köln, sowohl von ukrainischen Geflüchteten (30-50 Personen am Tag) als auch über die Balkanroute eingereisten Personen mit Touristenvisum bzw. ohne Visum, welche Anträge auf Unterbringung und Sozialleistungen stellen.

Die zur Unterbringung vorgehaltene Notreserve mit 1500 Plätzen ist zwischenzeitlich erschöpft.

Bislang in Privatwohnungen untergekommene Personen, die diese verlassen müssen oder wollen, sprechen bei der Stadt vor und wollen untergebracht werden.

Die in Coronazeiten abgeschlossenen Unterbringungsverträge mit Hotels laufen aus und es besteht aufgrund der entspannten Coronalage und des anziehenden Tourismusgeschäftes seitens der Hoteliers wenig Interesse an Vertragsverlängerungen.

Die aktuelle Aufnahmesituation in der Stadt ist mit der Situation in den Jahren 2015/16 vergleichbar und übertrifft diese ggfls.

Aufgrund neuer Prognosen im Kontext der Weltlagenentwicklung muss die Stadt davon ausgehen, dass in den nächsten 4 – 5 Monaten 3000 zusätzliche Unterbringungsplätze geschaffen werden müssen.

Aktuell wird eine Unterbringung von Geflüchteten in Turnhallen ausgeschlossen, um Kinder und Jugendliche nicht schon wieder zu den vorrangig Leidtragenden zu machen. Die Stadtverwaltung plant daher Anfang November in den Messehallen erst eine Etage und bis Ende November eine zweite Etage mit dann insgesamt 1000 Geflüchteten zu belegen. Die Verweildauer der dort Untergebrachten wird allerdings länger als die bisherige Verweildauer von 1-3 Tagen betragen.

Die Stadtverwaltung plant daher zusätzlich die Aufstellung von festen Zeltbauten. Dies ist konkret auf einem Parkplatz am Melatenfriedhof geplant - ein weiterer potentieller Aufstellplatz ist noch in der Abstimmung.

Das Land hat jetzt als Entlastung die Möglichkeit einer Umverteilung sowohl der ukrainischen Geflüchteten als auch der übrigen Geflüchteten angekündigt. Hierzu gibt es konkretisierende Gespräche mit Arnsberg, die Ende dieser Woche abgeschlossen sein müssten.

Bzgl. der Unterstützung von privaten Wohnraumgeber*innen durch den Abschluss von städtischen Miet- oder Unterbringungsverträgen gibt es kein finanzielles, sondern ein eher rechtliches Problem, da hierbei die Stadt die angemessene Qualität des angemieteten Wohnraums prüfen bzw. gewährleisten müsste. Weiterhin besteht aber die Möglichkeit für die Wohnungsgeber*innen direkte Miet- oder Untermietverträge abzuschließen, so dass die Mietkosten über die KdU bei SGB II-Empfänger*innen geltend gemacht werden können.

In der anschließenden Diskussion im Runden Tisch besteht Einigkeit darüber, dass dringend versucht werden muss private Wohnraumgeber gut zu unterstützen, damit von diesen weiterhin geflüchtete Personen beherbergt werden.

Die Verwaltung sagt zu

- noch einmal zu prüfen bzw. zu bewerten in welcher Form die Stadt als Vertragspartnerin die privaten Wohnungsgeber*innen unterstützen kann (Stichwort: Düsseldorf),
- es wird die Anregung geprüft eine zentrale Anlaufstelle für Ehrenamtler*innen zu schaffen um hier Bedarfe des Ehrenamtes zu erkennen und diesen Rechnung zu tragen.

Bzgl. der Anregung den Betreuungsschlüssel in Notunterbringungen zu verbessern, verweist die Verwaltung auf den bestehenden Ratsbeschluss „Mindeststandards“ sowie auf die grundsätzlich sehr großen Probleme einer entsprechenden Personalakquise.

Es wird des Weiteren angeregt

- mit den Kölner Standortkommandanten der Bundeswehr Kontakt bzgl. einer möglichen Teilnutzung von Bundeswehrgebäuden aufzunehmen,
- die vom Bund im Rahmen des Flüchtlingsgipfels zugesagte Nutzung von Bundesimmobilien einzufordern,
- die Kirchengemeinden und Kölner Vereine bzgl. freier Raumkapazitäten in geeigneter Form anzusprechen,
- verstärkt freie Bürogebäude hinsichtlich einer Nutzungsmöglichkeit zur Unterbringung zu prüfen,
- Wohnraumzweckentfremdungsverfahren konsequenter zu betreiben.

Die Stadt sagt die weitere Prüfung der gemachten Anregungen zu. Bzgl. der Wohnraumzweckentfremdungsverfahren (hier auch Beschlagnahme) wird auf die teils rechtlich bedingten langen Verfahren einer Durchsetzung verwiesen, das einer kurzfristigen Verfügbarmachung von ungenutztem Wohnraum entgegensteht.

Zur geplanten Unterbringung in Zeltbauten machen die Mitglieder des Runden Tisches auf die Notwendigkeit der Sicherheit, Wintertauglichkeit, festen Sanitäreinrichtungen und einer Aufstellung auf festem Untergrund aufmerksam. Die Verwaltung wird diese Aspekte berücksichtigen. Sie führt weiter aus, dass zudem die Aufstockung der bestehenden Containerstandorte geplant werde.

Die Mitglieder weisen darauf hin, unbedingt bei den Trägern die befristeten Personalstellen rechtzeitig zu verlängern, um das eingestellte Personal zu halten.

Zum Abschluss der Sondersitzung erklären der Flüchtlingsrat, Herr Zitzmann, der Runde Tisch für Integration, Herr Uellenberg-van Dawen und der AK Politik, Herr Adrian, die Unterbringung von Geflüchteten in Zeltbauten nicht mittragen zu können. Herr Zitzmann hält eine Unterbringung in Turnhallen für vergleichsweise geeigneter, Herr Uellenberg-van Dawen rät aktiv auf Schulpflegschaften zuzugehen und für eine Akzeptanz einer Turnhallennutzung zu werben.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau macht deutlich, dass die Verwaltung weiter plane keine Turnhallen, sondern Zeltbauten zur Unterbringung Geflüchteter zu nutzen, verweist aber auf die Möglichkeit der Politik, die Verwaltung mit entsprechenden beauftragen zu können.